

## **Antrag**

**der Abgeordneten Andrea Wicklein, Jörg Tauss, Dr. Hans-Peter Bartels, Klaus Barthel (Starnberg), Sören Bartol, Uwe Beckmeyer, Ute Berg, Gerd Friedrich Bollmann, Willi Brase, Ulla Burchardt, Martina Eickhoff, Dagmar Freitag, Dieter Grasedieck, Wolfgang Grotthaus, Klaus Hagemann, Christel Humme, Nicolette Kressl, Horst Kubatschka, Ute Kumpf, Lothar Mark, Gesine Mulhaupt, Dietmar Nietan, Dr. Carola Reimann, René Röspel, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Siegfried Scheffler, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Horst Schmidbauer (Nürnberg), Heinz Schmitt (Landau), Carsten Schneider, Swen Schulz (Spandau), Dr. Angelica Schwall-Düren, Brigitte Wimmer (Karlsruhe), Franz Müntefering und der Fraktion der SPD**

**sowie der Abgeordneten Hans-Josef Fell, Dr. Antje Vogel-Sperl, Dr. Reinhard Loske, Winfried Hermann, Volker Beck (Köln), Cornelia Behm, Franziska Eichstädt-Bohlig, Peter Hettlich, Ulrike Höfken, Michaelae Hustedt, Undine Kurth (Quedlinburg) Friedrich Ostendorff, Albert Schmidt (Ingolstadt), Ursula Sowa, Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Rahmenbedingungen für die industrielle stoffliche Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen in Deutschland schaffen**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Fossile Rohstoffe wie Erdöl, Erdgas und Kohle werden immer knapper. Es zeichnet sich ab, dass das Fördermaximum von Erdöl vermutlich schon in diesem Jahrzehnt erreicht sein wird und die Weltmarktpreise für Rohöl weiter steigen werden. Diese Verteuerungen bergen eine wirtschaftspolitische Brisanz. Allein aus ökonomischen Erwägungen heraus ist der Schutz der knappen fossilen Ressourcen durch entsprechende politische Rahmensetzungen wichtig.

Weiterhin ist festzustellen, dass sich Deutschland verpflichtet hat, das Ziel der Klimarahmenkonvention einzuhalten. Das bedeutet, dass Deutschland als Industriestaat die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2010 um 21 Prozent gegenüber 1990 senken muss.

Der Deutsche Bundestag hat im Energiebereich einen wichtigen Beitrag zum nachhaltigen Klimaschutz, zur Förderung der mittelständischen Unternehmenslandschaft und für zukunftsfähige Arbeitsplätze geleistet. Beispiele hierfür sind die Mineralölsteuerbefreiung von Biokraftstoffen und die Förderungen der energetischen Nutzung regenerativer Energien über das Erneuerbare Energien Gesetz.

Wir haben den Weg eines sinnvollen ökologischen und ökonomischen Wirtschaftsumbaus beschritten, den wir auch künftig gehen wollen, um die Abhän-

gigkeit von den endlichen Energieressourcen weiter zu verringern und den nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen.

Es ist dringend erforderlich, dass auch die industrielle stoffliche Nutzung nachwachsender Rohstoffe zunimmt. Der Blick in die Chronik der Kunststoffproduktion zeigt, dass bis Mitte des 20. Jahrhunderts Kohle die Rohstoffbasis für die chemische Industrie war. Mit der Umstellung auf Erdöl wurden und werden inzwischen einfach zu handhabende und exakt definierte, chemisch reine Grundstoffe in Raffinerien zur Herstellung von Kunststoffen erzeugt.

Wichtigster fossiler Grundstoff der chemischen Industrie ist Erdöl. Bei der Herstellung chemischer Produkte beträgt der Anteil nachwachsender Rohstoffe bisher nur 10 Prozent. Insgesamt benötigt die Chemische Industrie zur Herstellung chemischer Produkte in Deutschland jährlich etwa 14 Mio. Tonnen Erdöl.

Die stoffliche Nutzung nachwachsender Rohstoffe durch die chemische Industrie und die verarbeitende Industrie erfordert völlig neue Ansätze in Forschung und Entwicklung, Bildung und Lehre, Produktion, Vertrieb und Konsum. Langfristig werden sich die biobasierten Industrien als volkswirtschaftliche Basisindustrien etablieren. Deutschland selbst hat ein umfangreiches Potenzial in Wissenschaft und Wirtschaft, das die wissenschaftliche und technische Grundlage für die Umstellung auf Biomasse ermöglichen würde.

Ziel muss es sein, die Abhängigkeit vom Erdöl zu verringern und den Kreislauf aus Umweltzerstörung und Verteilungskonflikten zu durchbrechen. Gleichzeitig trägt die Einführung von Bioraffinerien als neue Produktionsstätten für chemische Grundstoffe dazu bei, dass in den ländlichen Gebieten Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden sowie der Land- und Forstwirtschaft Produktions- und Einkommensalternativen geboten werden.

Nicht zuletzt kann die stoffliche Nutzung nachwachsender Rohstoffe zum Erhalt der biologischen Vielfalt beitragen und die Kulturlandschaft bereichern, insbesondere wenn entsprechende nachhaltige Anbaumethoden angewandt werden. Für die stoffliche Nutzung nachwachsender Rohstoffe durch Bioraffinerie-Systeme kommt der Biotechnologie eine große Bedeutung zu. Mit Hilfe von Bioraffinerie-Systemen und Bioraffinerien können nicht nur Ausgangsstoffe für die chemische Industrie gewonnen werden, sie bieten auch die Möglichkeit zur Erzeugung von Bioethanol als Treibstoff.

Die Nutzung von biologischen Materialien und Prozessen für technische Verfahren oder zur industriellen Produktion kann dazu beitragen, den Rohstoff Biomasse möglichst effizient zu nutzen. So lassen sich Ressourcen schonen und die Umwelt entlasten. Gleichzeitig kann damit ein wichtiger Beitrag zur Verringerung der Treibhausgasemissionen geleistet werden, denn nachwachsende Rohstoffe sind weitgehend CO<sub>2</sub>-neutral.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. neue Strategien zur Schaffung nachhaltiger Produkte aus nachwachsenden Rohstoffen und deren stoffliche Nutzung in Deutschland zu erarbeiten. Dazu müssen innovationsfördernde Rahmenbedingungen geschaffen werden, die Investitionen auf dem Sektor der Biomassekonversion, der Biomasetechnologie und der Herstellung von biobasierten Produkten erleichtern;
2. sich innerhalb der Europäischen Union für einen gemeinsamen abgestimmten Handlungsrahmen auf dem Gebiet der biologisch basierten Produkte einzusetzen. Dies wäre eine notwendige Ergänzung zu den klaren europäischen Zielsetzungen in den Bereichen Bioenergie und Biokraftstoffe;
3. am Memorandum „nachwachsende Rohstoffe“ der Länder Deutschland, Österreich, Frankreich und Polen an den Rat der Europäischen Union festzuhalten;

4. unter Wahrung der Verhandlungsposition der Bundesregierung zur Agenda 2007 sich innerhalb der Europäischen Union im Rahmen des 7. EU-Forschungs-Rahmenprogramms für die verstärkte industrielle stoffliche Nutzung nachwachsender Rohstoffe einzusetzen;
5. in Deutschland gemeinsam mit Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung einen nationalen Fahrplan für die schrittweise Umstellung auf eine biologische Rohstoffbasis zu erarbeiten;
6. das Markteinführungsprogramm zur stofflichen Nutzung nachwachsender Rohstoffe fortzuführen und über die Anwendungsmöglichkeiten von nachwachsenden Rohstoffen aufzuklären;
7. bestehende nationale Förderinstrumentarien und Forschungsprogramme auf dem Gebiet der stofflichen Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen stärker miteinander zu vernetzen und einen hohen Stellenwert einzuräumen;
8. die Zuständigkeit für die Grundlagenforschung der industriellen stofflichen Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen eindeutig zu regeln und im Rahmen der haushaltspolitischen Leitlinien die erforderlichen Mittel dafür vorzusehen, um neue Verfahren zur industriellen stofflichen Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen zu fördern;
9. die industrielle stoffliche Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen in die Innovationsoffensive der Bundesregierung aufzunehmen;
10. dass bei der Forschungsförderung im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe die Schwerpunkte auf Pflanzenzüchtung und nachhaltigen Anbau sowie auf biotechnologische Aufschluss- und Verwertungsmethoden von Pflanzenmaterial gelegt werden, um so nachwachsende Rohstoffe unter Berücksichtigung von Biodiversität und Bodenfruchtbarkeit nachhaltig zu nutzen;
11. sich gemeinsam mit den Bundesländern dafür einzusetzen, dass Forschung und Lehre an den deutschen Hochschulen künftig, soweit dies nicht schon jetzt der Fall ist, auch die stoffliche Nutzung nachwachsender Rohstoffe in ihrer ganzen Breite zu berücksichtigen;
12. Kreislaufwirtschaft und Nachhaltigkeit zu fördern und bestehende Hemmnisse für Produkte auf Basis nachwachsender Rohstoffe abzubauen.

Insgesamt soll die Bundesregierung im Rahmen der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie eine Konzeption für den verstärkten Einsatz nachwachsender Rohstoffe erarbeiten und in diesem Zusammenhang

- die Potenziale nachwachsender Rohstoffe und ihre Chancen für eine zukunftsgerichtete und auch ökonomisch vertretbare Nutzung darstellen,
- aussichtsreiche Einsatzbereiche definieren, bei denen die Vorzüge besonders zur Geltung kommen,
- Prioritäten innerhalb einer umfassenden Grundlagenforschung festlegen und
- Vorschläge unterbreiten, wie eventuell weitere Hemmnisse für den Einsatz nachwachsender Rohstoffe beseitigt werden können.

Berlin, den 23. Februar 2005

**Franz Müntefering und Fraktion**  
**Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion**

